



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der GRÜNEN: Lehren aus der Pandemie ziehen – für einen grundlegenden Paradigmenwechsel bei der Unterbringung, Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 01.07.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Kernforderung des Antrags kennen wir ja schon, die Grünen fordern wieder einmal eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten. Sie wollen alle Asylsuchenden schnell auf die Kommunen verteilen und so möglichst umgehend in Gemeinschaften und Strukturen vor Ort einbeziehen. Das passt ja zur grünen Intention, dass möglichst viele Menschen, die es nach Deutschland schaffen, hier auch bleiben sollen.

Wir Freie Demokraten stehen hingegen für eine geordnete Einwanderungspolitik mit klaren Regeln. Dabei differenzieren wir zwischen Asylsuchenden mit geringer Bleibeperspektive, die möglichst bis zum Abschluss des Verfahrens in den zentralen Landeseinrichtungen bleiben sollen und denjenigen Menschen mit Bleibeperspektive, bei denen wir auf eine schnelle Integration in den Kommunen und damit in unsere Gesellschaft setzen.

Wir wollen eben auch, dass Menschen ohne Bleiberecht nach Möglichkeit direkt aus den Landeseinrichtungen zurückgeführt werden. Auf der anderen Seite wollen wir die Kommunen von ausreisepflichtigen Geflüchteten entlasten, damit sie sich auf die Integration der Menschen mit Bleiberecht konzentrieren können. Das sind zentrale Elemente des Asyl-Stufenplans der NRW-Koalition von FDP und CDU.

Auch die Erfahrungen der Pandemie sind für uns kein Anlass, diese Grundsätze in Frage zu stellen. Vielmehr haben wir Infektionsschutz und Hygienemaßnahmen in den Einrichtungen

des Landes gesteigert. Wir haben zusätzliche Plätze aktiviert, damit für Entzerrungen gesorgt und die Belegung deutlich unterhalb der Gesamtkapazität gehalten.

In den Einrichtungen besteht ein umfangreiches Testkonzept und auch die Impfungen schreiten voran. Allerdings sind bei vielen Asylsuchenden Vorbehalte mit Hilfe einer intensiven Aufklärung auszuräumen. Der bestmögliche Schutz der Geflüchteten in den Einrichtungen ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Neben der grundsätzlichen Frage möchte ich aber noch auf ein paar weitere Punkte des vorliegenden Antrags eingehen. Beim Förderprogramm Soziale Beratung konnten inzwischen über 93 Prozent der Stellen besetzt werden. Wir wissen, dass in Einzelfällen noch Probleme bestehen. Dazu sind wir einerseits mit den Trägern im Austausch, die aufgrund ihrer Tarifstruktur Stellen nicht im Rahmen der Förderung besetzen können. Wir versuchen aber andererseits auch verstärkt neue Träger anzusprechen.

Das schulnahe Bildungsangebot in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen wurde bisher an 14 Standorten eingerichtet. Nach den Sommerferien soll es an 21 von 24 möglichen Standorten umgesetzt sein. Damit erhalten Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Bleibeperspektive unmittelbar nach Ankunft in Deutschland einen auf ihre spezifischen Bedürfnisse ausgerichteten Zugang zu Bildung. Sie werden dabei durch Lehrkräfte des Landes unterrichtet.

Zudem wollen wir diejenigen jungen Geflüchteten in den Unterbringungseinrichtungen, die einen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis haben, in die Landesinitiative „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ aufnehmen und so bei ihrem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen. Dies zeigt, dass wir auch in den Landeseinrichtungen auf Angebote zur Integration setzen, soweit und solange eine Bleibeperspektive noch nicht ausgeschlossen ist.

Vielen Dank!